

Kölner Erklärung für eine Politik der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit.

Initiiert von IIPM, #LeaveNoOneBehind, Sea-Watch, Seebrücke, ECCHR, Equal Rights Beyond Borders, medico international, School of Political Hope, NTGent

In Afghanistan kann man in den letzten Wochen im Brennglas sehen, was sich seit Jahren an den europäischen Außengrenzen manifestiert: für die deutsche Politik zählen bürokratische Prozeduren mehr als Menschenleben. Das Mantra lautet: „2015 darf sich nicht wiederholen“; Grenzzäune und Abschottung stehen über Menschenrechten.

Jahr für Jahr verschlimmert sich die Lage an den EU-Außengrenzen. Mit allen Mitteln werden Geflüchtete an der Ankunft in Europa gehindert: durch unterlassene Hilfeleistung und das bewusste Ertrinkenlassen, durch illegale Push-Backs, durch Folter und Gewalt. Ohne Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung, sauberem Wasser und Nahrung sterben Zehntausende an den europäischen Außengrenzen. Jene, die es schaffen, europäischen Boden zu betreten, werden all ihrer Grundrechte beraubt und teilweise jahrelang in Lager gesperrt, Asylanträge werden systematisch und illegal abgelehnt.

Im Juni 2021 etwa erklärte Griechenland die Türkei zu einem sicheren Drittstaat für Menschen aus Syrien, Afghanistan, Somalia, Bangladesch und Pakistan, was de facto dazu führt, dass 70% der Asylanträge in Griechenland in Zukunft direkt abgelehnt werden. So werden Millionen Menschen in die Illegalität getrieben und zur Verfügungsmasse einer kriminellen Wirtschaft – aufgrund der Dublin-Verordnung unfähig, ihren Wohnort zu wechseln oder in ihre Länder zurückzukehren. Allein in Italien werden 500.000 illegalisierte Menschen von der Mafia auf Monokulturen zur Produktion von Billiglebensmitteln ausgenutzt, in der gesamten EU schätzt man die Zahl dieser modernen Sklav*innen auf über 3 Millionen. Eine nicht nur entwürdigende, sondern tödliche Situation, wie zuletzt der Hungerstreik der „Sans-Papiers“ in Belgien gezeigt hat.

Jahrelang wurde der Öffentlichkeit weisgemacht, dieser tausendfache Tod und diese millionenfache Erniedrigung sei ein tragisches Ereignis, eine Art Naturkatastrophe. Was aber – seit der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan noch einmal verschärft – vor unseren Augen passiert, sind nicht nur zufällige Menschenrechtsverletzungen, es sind geplante und strukturell in der europäischen Politik verankerte Verbrechen. Es ist keine Tragödie, sondern ein vorsätzlich entworfener und umgesetzter politischer und verwaltungstechnischer Angriff auf die Menschlichkeit. Dabei spielen die Parlamente und Regierungen der EU und der Mitgliedstaaten eine zentrale Rolle. Allein im deutschen Bundestag wurde in zahlreichen Abstimmungen und Beschlüssen jede Möglichkeit, die Situation an den Grenzen zu verbessern, verhindert. Menschenleben und Menschenwürde sind längst zum Verhandlungsgegenstand der Politik geworden, parteien- und länderübergreifend.

Wenn aber Verbrechen zu Recht, wenn der Tod und menschliches Leid zu politisch kalkulierter Normalität werden, bleiben uns nur zwei Möglichkeiten: die stumme Akzeptanz der neuen Barbarei oder politischer Widerstand. Als starke Zivilgesellschaft, als Zusammenschluss aus Organisationen, Menschenrechtsanwält*innen, Geflüchteten und Künstler*innen verschließen wir nicht länger die Augen und stellen uns der Aushöhlung der Menschenrechte entschlossen entgegen.

Die Beweislast ist erdrückend, die Verbindungen von Frontex in die europäische und insbesondere deutsche Politik nicht zu leugnen. Die Liste von Folter und Push-Backs, von Grundrechtsbrüchen in den Lagern, von unterlassener Hilfeleistung und der Kriminalisierung der Seenotrettung, von illegalen Rückführungen und abgelehnten Asylanträgen ist schier unendlich. Wir fordern das neu gewählte deutsche Parlament auf, zu einer Politik des Rechts und der Menschlichkeit zurückzukehren und dem System der Entmenschlichung, Illegalisierung und Ausbeutung von Geflüchteten ein Ende zu setzen. Wir brauchen einen Diskurs über die Grenzen und die Erosion des aktuellen Rechtssystems, wir brauchen Politiker*innen und Expert*innen, die gemeinsam die Grundpfeiler für ein System schaffen, das wirklich auf der Idee von Menschenrechten für alle basiert und uns die Möglichkeiten gibt, jene einzuklagen.

Wir fordern:

- Flucht nach Europa darf nicht kriminalisiert werden. Allen Geflüchteten ist das Recht auf Rechte zu gewähren.
- Das Bundesinnenministerium muss die Liste gefährdeter Personen aus Afghanistan für die Evakuierungen wieder öffnen. Den teils hoch gefährdeten Personen aus der Zivilgesellschaft darf nicht weiter durch bürokratische Hürden eine Flucht verunmöglicht werden.
- Europa darf sich nicht weiter abschotten und muss den Staaten, die auf den Fluchtrouten aus Afghanistan liegen, signalisieren, dass es bereit ist Verantwortung zu übernehmen und das individuelle Recht auf Asyl gewährleisten.
- Die sofortige Evakuierung aller Lager an den EU-Außengrenzen und die Schaffung legislativer Grundlagen zur selbstbestimmten Aufnahme von Kommunen und Ländern.
- Das Ende deutscher Beteiligung an allen Frontex- und EUNAVFOR MED-Einsätzen.
- Staatlich organisierte Seenotrettung und ein Ende der Kriminalisierung ziviler Seenotrettung.

Unterzeichner*innen:

Tareq Alaows, Jurist und Aktivist
Maya Alban-Zapata, Schauspielerin
Verena Altenberger, Schauspielerin
Parwana Amiri, Aktivistin und Autorin
Jasna Fritzi Bauer, Schauspielerin
Mark Benecke, Wissenschaftler und Autor
Sibylle Berg, Autorin
Luise Befort, Schauspielerin
Arne Birkenstock, Regisseur und Produzent
Thelma Buabeng, Schauspielerin
Ali Can, Sozialaktivist und Initiator #MeTwo
Stefanie Carp, Dramaturgin
Max Czollek, Autor
Fatih Çevikkollu, Comedian
Amelie Deuffhard, Intendantin Kampnagel Hamburg

Katja Diefenbach, Kulturwissenschaftlerin, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder)
Yilmaz Dzewior, Direktor Museum Ludwig
Maria Ehrich, Schauspielerin
Mohammad Murtaza Farooqi, Aktivist, Münchner Flüchtlingsrat
Pegah Ferydoni, Schauspielerin
Luisa-Céline Gaffron, Schauspielerin
Kübra Gümüşay, Autorin
Annie Hoffmann, Moderatorin
Rahel Jaeggi, Philosophin, Humboldt Universität Berlin
Elfriede Jelinek, Autorin
Wolfgang Kaleck, Generalsekretär ECCHR
Jasmina Kuhnke, Autorin
Şeyda Kurt, Autorin
Shermin Langhoff, Intendantin Maxim-Gorki-Theater
Stephan Lessenich, Soziologe, Direktor des Instituts für Sozialforschung, Goethe Universität Frankfurt
Igor Levit, Pianist
Matthias Lilienthal, Dramaturg
Boniface Mabanza, Philosoph und Kulturwissenschaftler
Robert Menasse, Autor
Robert Misik, Journalist und Autor
Ersan Mondtag, Regisseur
Hans Mörtter, Pfarrer
Maximilian Mundt, Schauspieler
Maximilian Pichl, Universität Frankfurt/M
Thomas Oberender, Autor und Intendant der Berliner Festspiele
Thomas Ostermeier, Regisseur und Intendant Schaubühne Berlin
René Pollesch, Regisseur und Intendant Volksbühne Berlin
Carola Rackete, Aktivistin und Kapitänin
Milo Rau, Regisseur und künstlerischer Leiter IIPM und NTGent
Angela Richter, Regisseurin
Merlin Rose, Schauspieler
Kathrin Röggla, Schriftstellerin
Thomas Rudhof-Seibert, Philosoph, medico international
Mithu Sanyal, Autorin
Stefanie Sargnagel, Autorin
Kais Setti, Schauspieler
Omer Shatz, Anwalt
Saša Stanišić, Autor
Joulia Strauß, Künstlerin und Gründerin Avtonomi Akadimia
Corinna Ujkašević, Anwältin
Andres Veiel, Regisseur
Julia von Heinz, Regisseurin
Harald Welzer, Soziologe und Publizist
Hengameh Yaghoobifarah, Journalist_in & Schriftsteller_in
Andrea Ypsilanti, Vorstandssprecherin des Instituts Solidarische Moderne
Anbid Zaman, Menschenrechtsaktivist und Künstler
Jean Ziegler, Soziologe und UN-Sonderberichterstatter

Unterzeichner*innen Aktionsbündnis Köln:

Laura Beische, Biologin
Georg Blokus, Organizer, School of Political Hope
Anne Brüning, Sozialarbeiterin

Franco Clemens, Sozialarbeiter & Streetworker
Julia Dick, Performancekünstlerin
Gaby Gehlen, Aktivistin, Mosaik Köln Mülheim e.V.
Max Gede, Designer
Kalle Gerigk, Stadtaktivist
Clemens Holtmann, Aktivist, DiEM25
David Häußer, Designer und Fotograf
Franziska Heinisch, Aktivistin, Justice is Global Europe
Steve Hudson, Schauspieler und Regisseur
Klaus Jünschke, Aktivist, Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot und Stadtzerstörung
Manuel Moser, Schauspieler
Zandile Ngono, Antidiskriminierungstrainerin und Die Urbane
Behshid Najafi, Aktivistin, agisra e.V.
Noelle O'Brien-Coker, Journalistin und Radioautorin
Anja Plemper, Stadtaktivistin
Ahmet Sinoplu, Sozialarbeiter, Coach e.V.

Organisationen Aktionsbündnis Köln:

Association for the Design of History
Autor:innenkollektiv "Mal nach den Rechten schauen"
ArtAsyl e.V.
DEMASK
fakeE – für anticlassistisches Empowerment an der Uni Köln
Integrationsrat der Stadt Köln
Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.
Köln spricht
Netzwerk Rechtskritik
Rainbow Refugees Support – Group Cologne e.V.
ROOTS & ROUTES Cologne e.V.
Solidarity City Cologne
SoliMed Köln
Tatort Porz – Keine Ruhe nach dem Schuss

Der Offene Brief hängt mit der Fundraising-Kampagne #klageflut zusammen

(<https://lnob.net/klageflut/>)

Gemeinsam mit juristischen Organisationen und Menschenrechtsanwält*innen wollen wir Strategien entwickeln, wie Rechtsstaatlichkeit und gleiches Recht für alle an den EU-Außengrenzen wiederhergestellt werden können.

Ziel:

- durch viele Einzelklagen an europäischen Gerichtshöfen das System der Entrechtung ins Wanken bringen
- möglichst vielen Schutzsuchenden juristische Vertretung ermöglichen, und damit die Voraussetzungen schaffen, ihre Rechte einfordern zu können
- juristische Strategien erarbeiten, um die Hauptverantwortlichen des Systems der Entrechtung, die EU, die Mitgliedsstaaten oder FRONTEX juristisch zur Verantwortung zu ziehen

Jede Spende hilft, aber vor allem Dauerspender*innen gewährleisten, diesen langwierigen Prozess erfolgreich zu gestalten.